



Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Eigentum schützen, nein zum „Demokratischen Sozialismus“ – keine Enteignungen im DDR-Stil in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich öffentlich und klar gegen aggressiv angestrebte Enteignungen in der bundesdeutschen Politik auszusprechen.

Überdies soll sie sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Enteignungen nach Art. 14 Abs. 3 Grundgesetz (GG) ausschließlich in Sonderfällen durchgeführt werden dürfen und nicht als reguläres Eingriffsrecht des Staates durch übermäßige Nutzung missbraucht werden.

Außerdem wird sie aufgefordert, einen Bericht anzufertigen, der alle Enteignungen in Bayern seit 1990 kompakt zusammenfasst, und diesen anschließend dem Landtag zugänglich zu machen.

Begründung:

Enteignungen werden im öffentlichen Diskurs zunehmend als regulärer, legitimer Eingriff in den Markt dargestellt. Vor einigen Monaten hatte die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Christine Lambrecht, gegenüber Zeitungen der Funke Mediengruppe erklärt, man solle doch „notfalls Immobilienkonzerne enteignen lassen“¹.

Auch der Vorsitzende der SPD-Jugendorganisation, Kevin Kühnert, äußerte in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“, dass „ohne Kollektivierung“ eine Überwindung des Kapitalismus nicht denkbar sei. Konkret stellte er in den Raum, BMW verstaatlichen zu wollen.

Ferner äußerte der Vorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Robert Habeck, in der Welt am Sonntag die gefährliche Idee, dass man über Enteignungen günstigen Wohnraum schaffen könne. Diese Position spiegelt sich ebenso im Leitantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Parteitag im November 2019 wider. Derartige Forderungen sind ein Irrweg, denn neuer Wohnraum wird dadurch nicht geschaffen, sondern kurzfristig umverteilt. Am strukturellen Problem fehlenden Wohnraums ändert das nichts. Abhilfe würde in diesem Bereich der Abbau der Bürokratie im Baurecht und die Reduktion zu umfangreicher energetischer Auflagen, eine restriktive Migrationspolitik mit geschützten Grenzen, sowie konsequente Abschiebungen krimineller und illegaler Migranten schaffen.

¹ Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Antragsteller.

Enteignungen sollten nur unter seltenen Ausnahmebedingungen durchgeführt werden. Sie lösen keine Probleme dauerhaft und wären im Sinne der genannten Stimmen sehr gefährlich, denn sie schaffen als reguläre Maßnahme Rechtsunsicherheit und vertreiben Investoren und wertvolles Kapital aus Bayern.

Für die bayerische Wirtschaft und Industrie sind Rechtsunsicherheiten inakzeptabel, die durch unbedachte politische Äußerungen herbeigeführt wurden. Um die Sicherheit und das Vertrauen wiederherzustellen, muss sich die Staatsregierung umgehend gegen Enteignungsphantasien im DDR-Stil positionieren.